

#SozialWählen

... DAMIT ALLE CHANCEN HABEN

Der Sozialstaat sichert das Recht aller Menschen auf ein menschenwürdiges Leben. Das ist eine bedeutende Errungenschaft. Damit dieser Verfassungsgrundsatz wirkt, brauchen wir eine gesunde Wirtschaft und ein solidarisches Miteinander. Der Staat sorgt dafür, dass Menschen eigenverantwortlich handeln können und alle Chancen haben: durch Zugang zu Bildung, Arbeit, Wohnraum, sozialer Infrastruktur und sozialen Sicherungssystemen.

Existenzsicherung und Arbeitsmarkt

In den letzten Jahren ist für viele Erwerbslose eine gute Arbeitsmarktintegration gelungen. Qualifizierungs- und Integrationsbemühungen, die mit dem zunehmenden Fachkräftemangel noch verstärkt wurden, haben gute Erfolge gezeigt und zu einem Abbau der Arbeitslosigkeit geführt. Herausforderungen bestehen weiterhin bei Erwerbslosen mit besonderen Vermittlungshemmnissen, die weiterhin im Langzeit-Leistungsbezug leben. Diese erleben trotz starker eigener Bemühungen immer wieder, dass sie an ihre Grenzen kommen. Darum benötigen sie besondere Unterstützung. Personen mit multiplen Vermittlungshemmnissen profitieren von Programmen, die Teilhabe durch Arbeit ermöglichen und langfristige soziale Integration vor kurzfristige Vermittlung mit Drehtüreffekten zurück in den Leistungsbezug stellen. Menschen, die immer wieder jobben, erleben komplizierte Hin- und Rückrechnungen, die Erwerbsmöglichkeiten und -anreize reduzieren. Die Existenzsicherung selbst ist durch den Regelsatz und die Gewährleistung der Kosten der Unterkunft umgesetzt, aber fachlich bei der Bedarfsermittlung nicht stringent und teilweise widersprüchlich. Eine gute und verlässliche Existenzsicherung ist ein wesentliches Versprechen des Sozialstaates insbesondere an untere Einkommensgruppen, die eine sichere untere Haltelinie erleben sollen.

Lösungen:

- **Erwerbsarbeit soll sich besser auszahlen.** Bisher drohen bei wechselnden Jobs und Einkommen im Grundsicherungsbezug komplizierte Hin- und Rückrechnungen. Eine Sozialdividende kann dieses Problem lösen: Wer Grundsicherung und Erwerbseinkommen kombiniert, aber nach Sozialversicherungsbeiträgen nicht mehr als 1.400 Euro Erwerbseinkommen hat, bekommt am Monatsanfang das Existenzminimum als Vorauszahlung. Bei Gehaltseingang wird diese über eine höhere Steuerklasse verrechnet. Der Effekt: Die Miete und das Lebensnotwendige können auch bei spätem Gehaltseingang gezahlt werden. Die Verrechnung von Erwerbseinkommen und Existenzminimum ist einfach und unkompliziert.
- **Integration in Erwerbsarbeit soll durch zielgenaue Beratung gefördert werden:** Praxiserfahrung und Studien zeigen, dass eine ermutigende und stärkenorientierte Beratung die Integration in den Arbeitsmarkt deutlich beschleunigt und langfristig viel Geld spart. Dafür brauchen die Jobcenter eine gute Personalausstattung mit guten Weiterbildungsmöglichkeiten. Sie müssen in qualitativ hochwertige, zuverlässig abgesicherte Förderangebote vermitteln können – von niedrigschwelligen beschäftigungsorientierten Angeboten bis hin zu abschlussbezogenen Weiterbildungen.
- **Arbeitsförderung soll besser finanziert werden:** Mit dem Bürgergeld wurde die Förderung von sozialversicherungspflichtiger Arbeit in Kombination mit Betreuung und Weiterbildung Wirklichkeit. Jobcenter und Forschung bewerten das Instrument einhellig positiv. Für diese Hilfen brauchen Jobcenter ausreichende und sichere finanzielle Mittel, auch über einzelne Haushaltsjahre hinaus.

Überwindung von Obdach- und Wohnungslosigkeit

Aktuell sind mehr als eine halbe Million Menschen wohnungslos. Sie leben in Unterkünften der Kommunen oder der Freien Wohlfahrtspflege, wohnen bei Familie, Freund:innen oder Bekannten oder leben ohne jedes Obdach auf der Straße. Wohnungslosigkeit hat viele Gesichter. Folglich bedarf es zahlreicher unterschiedlicher Maßnahmen, um Wohnungslosigkeit bis 2030 zu überwinden.

Immer mehr Menschen konkurrieren um zu wenige bezahlbare Wohnungen. Selbst Menschen mit mittleren Einkommen finden kaum noch bezahlbaren, angemessenen Wohnraum. Wohnungslose Menschen haben auf diesem hart umkämpften Wohnungsmarkt keine Chance.

Lösungen:

- **Der Zugang zu Wohnraum muss wohnungslosen Menschen ermöglicht werden.** Hierfür bedarf es einer Versorgung mit angemessenem, bezahlbarem Wohnraum und eines ausreichend großen Wohnungsmarktsegments speziell für wohnungslose Menschen. Strukturelle Barrieren und Diskriminierungen wohnungsloser Menschen am Wohnungsmarkt müssen beseitigt werden. In den Richtlinien zur sozialen Wohnraumförderung

der Länder sind wohnungslose Menschen explizit zu benennen. Zudem braucht es Förderprogramme für den Wohnraumzugang bei privaten Vermieter:innen.

- **Prävention muss gestärkt und Mietverhältnisse müssen gesichert werden.** Die Verhinderung von Wohnraumverlust spart im Vergleich zur späteren Unterbringung wohnungsloser Menschen nachweislich Kosten. Dazu sind zentrale Fachstellen zur Vermeidung und Behebung von Wohnungslosigkeit flächendeckend nötig. Der Schutz vor Kündigung nach Zahlung von Mietschulden muss abgesichert sein.
- **Der Zugang zu Hilfe und Gesundheitsversorgung muss gewährleistet sein:** Der Rechtsanspruch auf Hilfen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten muss verlässlich umgesetzt werden. Mehr wohnbegleitende Hilfen wie soziale Wohnraumagenturen und »Housing First« sind flächendeckend nötig. Der Zugang zu Sozialleistungen und Unterstützung für wohnungslose EU-Bürger:innen muss sicher sein. Uneingeschränkte medizinische Versorgung sowie die Finanzierung medizinischer Angebote für wohnungslose Menschen sind sicherzustellen.

Straffälligenhilfe

Ziel der Freien Straffälligenhilfe ist eine nachhaltige Resozialisierung straffällig gewordener Menschen sowie die Unterstützung ihrer Angehörigen. Menschen, die während und nach ihrer Inhaftierung gut betreut werden, werden seltener erneut straffällig. Das fördert ein sicheres Zusammenleben und trägt zum Opferschutz bei.

Lösungen:

- Arbeit ist ein wesentlicher Faktor für eine erfolgreiche Resozialisierung. Während der Haft muss Arbeit daher fair entlohnt werden. Zudem muss die Arbeitsvermittlung für die Zeit nach der Haft intensiviert werden.

- Inhaftierte Menschen müssen in die Rentenversicherung einbezogen werden. Es ist eine entsprechende Gesetzesänderung auf den Weg zu bringen und die offene Finanzierungsfrage zu klären.
- Armut darf nicht zu Inhaftierung führen. Menschen, die eine Ersatzfreiheitsstrafe verbüßen, sind häufig überschuldet, gesundheitlich belastet oder wohnungslos. Eine Entkriminalisierung von Bagatelldelikten ist daher weiterhin notwendig.

Bezahlbares Wohnen

Wohnen ist ein Menschenrecht. Eine Wohnung ist Grundvoraussetzung für Sicherheit, psychisches Wohlbefinden und die Teilhabe an der Gesellschaft.

Lösungen:

- Bezahlbarer Wohnraum ist durch Neubau und im Bestand zu schaffen. Sozialer Wohnungsbau und Konzepte, die dazu beitragen, bestehenden Wohnraum besser zu nutzen und mehr Menschen Wohnraum zugänglich zu machen, sollen gefördert werden.
- Viele ältere Menschen wollen ihre Wohnfläche verkleinern. Wohnraumagenturen können dabei helfen, gemeinsame Lösungen für Wohnungssuchende und Menschen in zu großen Wohnungen zu finden.
- Durch eine neue Wohngemeinnützigkeit entstehen Anreize für ein nicht an Gewinnerwartungen ausgerichtetes Wohnungssegment. Sie muss mit Investitionsförderungen verbunden sein.
- Etwa 320.000 Bedarfsgemeinschaften bekamen im Jahr 2023 nicht die tatsächlichen Ausgaben für Unterkunft und Heizung erstattet. Sie mussten folglich aus ihrem Regelsatz zuzahlen. Diese Wohnkostenlücke in der Existenzsicherung ist zu schließen, indem die Angemessenheitsgrenzen der Unterkunfts- und Heizkosten realistisch festgelegt und Sozialwohnungsmieten grundsätzlich und bundesweit als angemessen angesehen werden.
- Gebäudesanierungen sind für den Klimaschutz unbedingt nötig. Förderprogramme müssen dafür sorgen, dass Menschen mit geringen Einkommen bezahlbar in klimagerechten Wohnungen leben können.

Unterstützung bei der Entschuldung und Schuldenberatung

Die Chance auf ein schuldenfreies Leben ist mit Einführung der Möglichkeit zur Privatinsolvenz gesetzlich verankert worden. Auch vorgelagerte Schuldenberatungsangebote entlasten Betroffene, die durch ein Leben mit Niedriglohn, unerwartete Kosten aufgrund von Krankheit oder einen Trauerfall in Zahlungsschwierigkeiten geraten sind. Qualifizierte gemeinnützige Schuldenberatungsstellen eröffnen neue Lebensperspektiven, verhindern Wohnraum- und Arbeitsplatzverlust- und damit auch hohe gesellschaftliche Folgekosten.

Lösung:

- Aktuell haben nur Menschen, die einen Anspruch auf Existenzsicherungsleistungen haben, einen Rechtsanspruch auf Schuldenberatung. Dadurch sind viele Menschen von qualifizierter Beratung ausgeschlossen. Trotz dieser Einschränkungen sind Wartezeiten von bis zu einem halben Jahr auf Beratungstermine keine Seltenheit. Ein Rechtsanspruch auf Schuldenberatung für alle Verbraucher:innen und der Aufbau einer entsprechenden Beratungsstruktur entspricht europäischen Vorgaben und ist eine nachhaltige Investition.

Sozial gerechter Klimaschutz

Die Mehrheit der Menschen wünscht sich wirksamen und sozial gerechten Klimaschutz. Die Rahmenbedingungen dafür sollen allen die Möglichkeit geben, einen angemessenen Beitrag zur Erreichung der Klimaziele zu leisten.

Lösungen:

- **Reform der sozialen Mindestsicherungssysteme:** Klimaschutz führt zu Investitionskosten bei Wohnraum, Lebensmittelerzeugung und Mobilität. Das müssen auch die sozialen Sicherungssysteme abbilden. Dies wird ergänzt durch zielgerichtete, sozial ausgestattete Förderprogramme, etwa für mehr energieeffiziente Geräte.
- **Sozialökologische Infrastruktur:** Ausbau von Wärmenetzen und öffentlichem Verkehr – mit Finanzierungsbeiträgen, die sich am Einkommen orientieren.
- **Sozial gestaffeltes Klimageld:** Unzumutbare finanzielle Mehrbelastungen durch Klimaschutzmaßnahmen werden abgedeckt.
- **Bundesweiter Sozialtarif für das Deutschlandticket:** Mobilität und Teilhabe deutschlandweit und klimafreundlich verwirklichen!

Kinderarmut

Mehr als vier Millionen Kinder und Jugendliche in Deutschland leben in Einkommensarmut. Mit Investitionen in die Zukunft unserer Kinder und Jugendlichen gestalten wir die Gesellschaft von morgen – und vermeiden deutlich höhere Folgekosten. Eine gute und leicht zugängliche Infrastruktur kommt allen zugute und fördert den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Lösungen:

- **Ein Leistungs-Check stellt sicher:** Wer wenig Einkommen hat, bekommt nach der Steuerberechnung einen Hinweis auf mögliche Ansprüche.
- **Bei getrennt Erziehenden sind die Bedarfe größer.** In jeder Wohnung werden ein Bett und eine Grundausstattung gebraucht. Dies müssen auch Leistungen für Familien berücksichtigen.
- **Je weniger Mittel einer Familie zur Verfügung stehen, desto besser muss die Förderung sein:** einfach und unkompliziert aus einer Hand. Leistungsansprüche sollen direkt verrechnet und am Ende eines einheitlichen Antragsverfahrens in einer Summe ausgezahlt werden.

Geschlechtergerechtigkeit: zentral sozial

Alle Menschen haben ein Recht auf Respekt, Anerkennung und gleichberechtigte Teilhabe – egal, welchem Geschlecht sie sich zuordnen. Bisher ist dies nicht Realität. Ergebnisse sind Diskriminierungen in sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Bereichen des Lebens, die zu sozialen Benachteiligungen führen.

Lösungen:

- **So gelingt faire Bezahlung für alle Geschlechter:** Berufsfelder werden für alle gleichermaßen attraktiv gestaltet. Die Bezahlung zwischen vermeintlich weiblichen und vermeintlich männlichen Branchen ist gleichauf. Lohntransparenz ist umgesetzt. Damit werden auch die sozialen Berufe aufgewertet.
- **So gelingt es, dass Menschen in Sorgeverantwortung vollzeitnah arbeiten:** Finanzielle Anreize fördern die vollzeitnahe Arbeit von Menschen in Familien- und Pflegeverantwortung. Betreuungsangebote werden an der Lebensrealität ausgerichtet – auch bei Krankheit der Kinder oder zu Tagesrandzeiten. So wird es einfacher, die berufliche und persönliche Entwicklung von Elternpaaren in Einklang zu bringen. Die Rahmenbedingungen für flexible Arbeitszeitmodelle werden verbessert. Mit der Beseitigung geschlechtsspezifischer Hürden kann auf den Fachkräftemangel geantwortet werden: 645.000 zusätzliche Vollzeit-Arbeitskräfte kann der Arbeitsmarkt durch erwerbstätige Mütter gewinnen.
- **Alleinerziehende passgenau absichern:** Die Überwindung prekärer Lebenslagen von Alleinerziehenden muss ein zentrales Anliegen der Familienpolitik sein. Staatliche Zahlungen, Steuerentlastungen, Betreuungszeiten, Möglichkeiten von Teilzeitausbildung werden unbürokratisch verzahnt. Alleinerziehende können sich gut darauf konzentrieren, qualifizierter Arbeit nachzugehen.
- **So gelingt das gute Leben im Alter für alle Geschlechter:** Mit der Abschaffung geschlechtsspezifischer Benachteiligung im Erwerbsleben sinkt die Altersarmut. Familien- und Pflegearbeit werden in der Sozialversicherung berücksichtigt. Der Anspruchserwerb in Alterssicherungssystemen wird gendergerecht. Eine Mindestrente sichert die Existenz im Alter ab.
- **Schutz vor Gewalt und Wohnungslosigkeit:** Geschlechtsspezifische Unterbringungen werden bedarfsdeckend umgesetzt. Die Schutzbedürftigkeit von Personen mit Gewalterfahrung bekommt immer Vorrang vor Einsparungen und Modellen der finanziellen Selbstbeteiligung. Hilfeangebote fördern die Emanzipation von genderspezifischen Erwartungen.